

Einleitung: Innere Widersprüche, externe Schocks und glaubwürdige Alternativen

Warum sollte man sich Gedanken über Alternativen zum herrschenden Kapitalismus machen? Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist doch in den Gedanken der Herrschenden, die auch die herrschenden Gedanken sind, „ein erfolgreiches System“, das eine „große Sogwirkung“ entfaltet. „Der Prozeß der Globalisierung ist in seinem Kern der Prozeß der weltweiten Imitation des westlichen kapitalistischen Modells. Dieses aber ist im Prinzip von der großen Mehrheit der Weltbevölkerung angestrebt, also gewollt.“ So formulierte der Ökonom Carl Christian von Weizsäcker (2003: 811) im Sonderheft der Zeitschrift „Merkur“, das den provokanten Titel „Kapitalismus oder Barbarei“ trägt. Wer sich nicht auf die Regeln des Spiels einer kapitalistischen Weltmarktwirtschaft einlasse, drohe in eine prä-moderne Barbarei zurückzufallen. Bei dieser Apodiktik werden die Krisen der kapitalistischen Globalisierung, die wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Welt, die Umweltzerstörungen oder die Tatsache, dass die fossilen Energieträger zur Neige gehen, ausgeblendet.

Wegen einer närrischen Haltung wie dieser bezeichnet der britische Historiker Eric Hobsbawm die Ökonomen spöttisch als Hohepriester der Moderne. Alles was ihrem Dogma widerspricht, erscheine ihnen als Häresie, ja als Blasphemie, und Hobsbawm fügt hinzu: „Denjenigen von uns, die die Jahre der Weltwirtschaftskrise miterlebt haben, fällt es noch ungeheuer schwer zu verstehen, wieso die Orthodoxien der reinen freien Marktwirtschaft, die doch damals so offenkundig in Misskredit geraten waren, in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren wieder einmal über eine weltweite Periode der Depression herrschen konnten, obwohl sie auch diesmal nicht in der Lage waren, eine solche Depression zu verstehen oder in den Griff zu kriegen. Dieses merkwürdige Phänomen sollte uns an einen der wichtigsten Charakterzüge der Geschichte gemahnen ...: an das unglaublich kurze Gedächtnis der Wirtschaftstheoretiker und -praktiker“ (1995: 136 f.).

Fragen danach, ob es überhaupt möglich ist, dass alle Welt dem Entwicklungsweg des Westens folge, werden von Ökonomen erst gar nicht gestellt. Für sie ist die Welt ein offener Markt aller Möglichkeiten, und wenn eine Gesellschaft scheitert, dann liegt das an mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Die Anstrengungen waren nicht groß genug oder die Öffnung von Märkten war nicht umfassend und die Privatisierungen nicht weitreichend genug. Die neoklassische Ökonomie hat sich in ein hermetisches System verwandelt, das verbietet, den Blick über einen engen Horizont hinaus schweifen zu lassen.

Der ökonomischen Apologetik, deren theoretische Fundierung und empirische Basis mehr als fragwürdig sind, assistieren Politikwissenschaftler, die vom „kapitalistischen Frieden“ schwärmen (Weede 2005): Freier Handel schaffe Frieden, und kapitalistische Demokratien sind, wie bereits Immanuel Kant 1795 ausführte, im Prinzip friedlich gestimmt. Sankt Kapitalismus ein Weltsegen. Doch das ist nicht nur naiv oder närrisch, sondern ein politikwissenschaftliches Trauerspiel. Denn da wird einiges übersehen: die Kriege, die die kapitalistische Großmacht USA in ihrem lateinamerikanischen Hinterhof geführt hat, die Kriege gegen Vietnam, gegen Jugoslawien und den Irak, von den Verwicklungen in die „neuen Kriege“ in Afrika oder in Lateinamerika ganz abgesehen. Die Liste ließe sich – leider mit Leichtigkeit – fortsetzen. Daher ist eine Charakterisierung der „neuen Weltordnung“ als ein „Imperium der Barbarei“ (Foster/Clark 2005) sehr viel genauer.

Ich ziehe es daher vor, einer Linie argumentativ zu folgen, die sich einer Bemerkung des französischen Historikers Fernand Braudel verdankt. Er schreibt, gegen die Theorie eines Zusammenbruchs des Kapitalismus gerichtet: „Der Kapitalismus, davon bin ich ... überzeugt, kann nicht durch einen ‚endogenen‘ Verfall zugrunde gehen; nur ein äußerer Stoß von extremer Heftigkeit im Verein mit einer glaubwürdigen Alternative könnte seinen Zusammenbruch bewirken...“ (Braudel 1986b: 702). Man wird sich also auf die intellektuelle und zugleich ganz praktische Suche nach den äußeren Erschütterungen, nach dem Schock von außen, und nach den im Innern der Gesellschaft heranreifenden überzeugenden Alternativen machen müssen – und selbst an deren Zustandekommen mitwirken; das ist der Sinn des im Vorwort erwähnten Projekts der „kollektiven Forschung“, das einen permanenten Zyklus von praktischer Erfahrung und theoretischer Reflexion umschreibt. Allerdings erweitern wir das von Braudel uns aufgegebene Programm um die Suche nach den im Innern der Gesellschaften heranreifenden und sich zuspitzenden

Widersprüche, die genauso wirksam die Grundlagen der Stabilität der Entwicklung bedrohen können wie die äußeren Anstöße. Doch Fernand Braudel hat Recht; für sich allein können innere Krisen kaum den Zusammenbruch des Systems zur Folge haben.

Die Grenzen des Kapitalismus zeigen sich überall. Trotz immens steigenden Reichtums der Reichen in der Welt wächst das Heer der Armen – entgegen den „Millenniumszielen“, die sich die internationalen Organisationen und die Staaten zur Jahrhundertwende 2000 gesetzt haben (Wade 2005; Söderberg 2004).¹ Die fossilen Energieträger werden knapp, und auch andere Ressourcen, deren Verfügbarkeit für das kapitalistische Wachstum und die Steigerung der Produktivität notwendig ist, sind endlich. Das ist ein Thema, das bereits vor mehr als dreißig Jahren vom „Club of Rome“ aufgeworfen wurde. Die damaligen Prognosen waren übertrieben, und daher wurde der Club of Rome von vielen Autoren lächerlich gemacht. Die Überlastung der Senken für die Emissionen von Produktion und Konsumtion (klimaschädliche Gase, Abwässer, Abfall) auf der Output-Seite des Stoffwechsels mit der Natur ist noch dramatischer als die Endlichkeit der Inputs einer fossil angetriebenen kapitalistischen Produktionsweise. Diese Grenzen der Natur stehen im Gegensatz zur unbegrenzten (selbst-referentiellen) Akkumulationsdynamik des globalen Kapitalismus, zu seiner sozialen Form. Die neoliberale Missachtung der Eigengesetzlichkeit der Natur und des Eigensinns der Gesellschaft legt die Lösung einer durch die Kräfte des freien Marktes gewaltsam exekutierten und zugleich legitimierten Enteignung (durch Privatisierung öffentlichen Eigentums, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Abbau sozialer Standards und Ansprüche, die Verlängerung von Arbeitszeiten, Missachtung von Gefahren für die Gesundheit, Entrechtung der Menschen etc.) nahe. Dies ist eine strategische Unterminierung von menschlicher und sozioökonomischer Sicherheit. Möglichkeiten demokratischer Partizipation werden eingeschränkt.

Die Frage nach Alternativen ist daher auf der Tagesordnung. Doch inwieweit kann eine andere Welt kapitalistisch sein, und wenn ja, wie wird dieser Kapitalismus aussehen? Gibt es einen anderen Kapitalismus als den, den wir kennen? Ist nach dem Scheitern des realen Sozialismus im 20. Jahrhundert ein anderer Sozialismus des 21.

¹ Auch Jeremy Rifkin verweist auf die wachsende und nicht zurückgehende Ungleichheit in einem ansonsten höchst widersprüchlichen Artikel in *Die Zeit*, 09.06. 2005, S. 49 f.

Jahrhunderts, vielleicht ein ökologischer Sozialismus in Sicht? Welchen Charakter haben soziale Bewegungen heute und welches sind ihre politischen Projekte? Welche Rolle spielen in Zukunft Parteien und wie ist das Verhältnis von parlamentarischer Politik und außerparlamentarischer Bewegung? Welche Potentiale von Nachhaltigkeit und Solidarität gibt es in einer genossenschaftlichen Ökonomie, in einer „solaren“, d.h. sich auf die Nutzung der Flussenergien der Sonne beschränkenden Gesellschaft?

Wer genau hinschaut, sieht die Zeichen der „anderen Welt“. Überall, auch in Europa, wird mit erneuerbaren Energien experimentiert; und überall entdeckt man, dass erneuerbare Energien ökonomische Anpassungen erfordern, die Machtverteilung des politischen Systems verändern, die alltägliche Lebensweise der Menschen umwälzen. Aber auch die Gegenbewegung kommt in den Blick. Denn gleichzeitig rüsten die fossilen Energieversorger gegen die alternativen Energien, und sie finden Verbündete in Politik und Gesellschaft. Das Eintreten für den Übergang zur verbreiteten Nutzung erneuerbarer Energien, das Projekt der Umsteuerung in Richtung einer solaren und solidarischen Gesellschaft ist Klassenkampf gegen die konservativen Kräfte, die am fossilen Energieregime festhalten wollen, weil es ihre Macht und Profitbasis ist. Die Auseinandersetzung ist zum Scheitern verurteilt, wenn die gesellschaftliche Transformation ausbleibt, wenn nicht gesellschaftliche Bewegungen darauf hinwirken. Die Welt kann man nicht verändern, ohne die Macht zu ergreifen – oder man liefert sich den heute Mächtigen und ihren Interessen aus. Doch wäre umgekehrt die Auffassung eine Illusion, dass zunächst die „Macht“ ergriffen werden muss, um dann die notwendigen Veränderungen in und an der Gesellschaft vorzunehmen. Nein, die andere Welt wächst mit der Praxis sozialer Bewegungen im Innern des Kapitalismus gegen die Mächte des *status quo* heran.

In vielen Ländern, die von Finanzkrisen geschüttelt wurden, sind neue Bewegungen entstanden, die sich gegen die Folgen, vor allem gegen Arbeitslosigkeit und Armut genossenschaftlich organisieren und den Aufbau einer „solidarischen Ökonomie“ versuchen. Das sind einerseits Überlebensinseln im Getöse der kapitalistischen Krise, zum anderen aber auch neue, über den Kapitalismus, wie wir ihn kennen, hinausgehende Formen der Vergesellschaftung. Ein Ziel ist die Wiederaneignung dessen, was Menschen genommen wurde, von ökonomisch mächtigen Konzernen, auch von politisch mächtigen Personen und Institutionen. Eine Fabrikbesetzung ist die Wiederaneignung von Arbeitsplätzen, die in der Finanzkrise, manchmal als Folge

offensichtlicher Spekulation, abgebaut worden sind. Die sozialen Kämpfe in Bolivien gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und der Öl- und Gasressourcen werden so erbittert geführt, weil die Menschen die neoliberal begründeten und von IWF und Weltbank durchgesetzten Privatisierungen zu Gunsten transnationaler Konzerne rückgängig machen wollen, weil sie sich die ihnen gehörenden Ressourcen wieder aneignen wollen, weil sie sich weigern, die ihnen abverlangten hohen Gebühren zu zahlen. Die Landbesetzungen in Brasilien sind die Aneignung von nicht produktiv genutztem Land durch diejenigen, die die Absicht und die Fähigkeit haben, das Land zu bebauen. Die indischen Bauern, die sich gegen genetisch modifiziertes Saatgut wehren, weil es sie zu Abhängigen der großen transnationalen Saatgutfirmen macht, kämpfen um ihr Recht, als Bauern den gesamten Zyklus von der Saat bis zur Ernte und wieder zur nächsten Aussaat zu beherrschen. Die argentinischen Piqueteros errichten Straßensperren, um mit der Unterbrechung der Zirkulation des Kapitals ihr Recht auf Gestaltung ihres urbanen Umfeldes hervorzuheben.² Die Zapatistas im Süden Mexikos besetzen das Territorium, um ihre indigenen Rechte zu verteidigen und um die Regierung zu Zugeständnissen zu veranlassen. Sie bauen dort eigene Strukturen eines „Buen Gobierno“ gegen die „schlechte Regierung“ des Staates auf. Es entstehen so Doppelstrukturen, Formen einer „Doppelherrschaft“. Diese ist immer gefährdet, und zwar sowohl von außen durch die Versuche von Regierungen und mächtigen Eliten, die verlorenen Räume zurück zu erobern, oder von innen durch Anpassungen an die normativen Kräfte des Faktischen. Viele weitere Beispiele aus allen Kontinenten könnten genannt werden. Diese sozialen Bewegungen der Aneignung von Rechten, von Land und Ressourcen sind im jeweiligen Territorium verankert, das sie entsprechend ihren Vorstellungen gestalten und gegen konkurrierende Mächte verteidigen. Sie können daher als sozioterritoriale Bewegungen bezeichnet werden. Alle diese Bewegungen zeigen, dass die Krisen der Kapitalakkumulation auch Chancen eröffnen, neuen Bewegungen Raum bieten. Mit Hölderlin ließe sich also sagen, dass in der Krise das Rettende heranwächst.

Die Enteignungstendenzen sind keineswegs auf Länder der so genannten Dritten Welt beschränkt. Die Jahrzehnte der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung haben nämlich nicht nur viel Armut in der Welt erzeugt, sondern auch

² Das ist deshalb nicht unproblematisch, weil von den Blockaden der Straßen viele Bewohner betroffen sind, die daher auf die Piqueteros nicht immer gut zu sprechen sind.

enormen Reichtum. Nach Angaben des „World Wealth Report“, der jährlich von der Investment-Bank Merrill Lynch und der Beratungsfirma Capgemini zusammengestellt wird, um für die eigenen Geschäftsstrategien der Anlageberatung der Reichen und der Superreichen eine Datengrundlage zu besitzen, ist das Millionärsvermögen (nur Geldvermögen) im Jahre 2004 um 8,2 % auf 30.800 Mrd. US\$ gestiegen. Am höchsten war der Zuwachs mit 13,7 % interessanterweise auf dem ärmsten Kontinent, in Afrika, gefolgt vom reichsten Kontinent, nämlich Nordamerika, mit 9,7 %.³ Die sehr großen Geldvermögen werden nun von Private Equity-Fonds, Hedge-Fonds, so genannten „funds of funds“ etc. verwaltet, die den schon reichen Geldvermögensbesitzern extrem hohe Renditen versprechen, durch die sie noch reicher werden, zumal ihre Steuerlast infolge des internationalen „Steuerwettbewerbs“ verringert wurde. Die Fonds werden daher immer mächtiger, und sie können ihr Ziel der maximalen Rendite in kürzestmöglicher Frist machtvoll verfolgen. Sie attackieren inzwischen nicht nur Regierungen in Ländern der „dritten Welt“, sondern auch große Unternehmen und Institutionen der Industrieländer. Das ist der Hintergrund der sozialdemokratischen Kapitalismusschelte und des Vergleichs der spekulativen Fonds mit Heuschreckenschwärmen. Die Grünen räusperten sich indigniert ob der ungehörigen Worte Münteferings. Unternehmer, wie der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, finden Kapitalismuskritik „zum Kotzen“.⁴

³ In Deutschland hat sich zum Missfallen der Privatbanken und sonstigen Anlageberater die Zahl der Millionäre unter den Privatanlegern nur um 0,6 % auf 760.300 erhöht (FTD, 10.06. 2005, S. 19). Die lukrativen Geschäfte lohnen sich erst ab 30 Mio. €, also muss noch mehr Ungleichheit her, um den großen Fonds die gehörige Rendite zu verschaffen. Daher ist verständlich, warum in den Augen der Unternehmerlobby und ihrer Medien Hartz IV nur der Anfang ist.

⁴ Der Vergleich mit den Heuschrecken trug Müntefering den Antisemitismus-Vorwurf ein. Das passiert in Deutschland immer, wenn der Kapitalismus kritisiert wird. Manche eher nach rechts ausgelegten Historiker können sich rationale und von Personen unabhängige Kapitalismuskritik so wenig vorstellen, dass sie sie sogleich in eine Kapitalistenkritik übersetzen. Wer Kapitalisten kritisiert, hat, so ihre Unterstellung, „den Juden“ vor Augen. Attac hat diesen Unfug auch über sich ergehen lassen müssen (Vgl. dazu Attac-Reader Nr. 3 des Wissenschaftlichen Beirats von Attac, 2004, in dem sich eine Reihe von Autoren mit dem Antisemitismus-Vorwurf auseinandersetzen). Kapitalismuskritik unter den Generalverdacht des Antisemitismus zu stellen, inkriminiert die Kritik des Kapitalismus und entwertet zugleich die Kritik des Antisemitismus (Vgl. auch Werner Rügemer 2005). Ein besonders trübes Beispiel für den konstruierten Generalverdacht des Antisemitismus von Globalisierungskritik liefert Claus Leggewie (2005). Obwohl er

Als ob sie Münzfeuling einen Beleg liefern wollten, warfen Hedge-Fonds unter Führung des Londoner TCI, die sich in die Mehrheit der Aktien eingekauft hatten, im Mai 2005 das Management der Deutschen Börse hinaus (allerdings nicht ohne eine feine Abfindung, deren Höhe nach Recherchen der Financial Times Deutschland, 12.05.2005, 10 Mio.€ betragen soll). Sie dokumentierten so die Macht, die diese Fonds als Shareholder ausüben vermögen. Die Interessen von „Stakeholder“ sind ihnen ziemlich egal.⁵ Die hochspekulativen Fonds sind ein extremer und ganz praktischer Ausdruck dessen, was von Karl Polanyi als „Entbettung“ des Marktes aus der Gesellschaft bezeichnet worden ist. Geld regiert in einem so extremen Ausmaß die Welt wie niemals zuvor in der Geschichte. Die großen Investmentfonds versuchen tatsächlich, kurzfristig so hohe Renditen herauszuschlagen wie möglich. Sie haben keine sozialen, lokalen oder nationalen Bindungen. Herrschaft und Mechanismen der Legitimation sind völlig aus dem Territorium „entbettet“ und daher in besonderem Maße rücksichtslos gegenüber den im Territorium lebenden Menschen, die nicht so mobil sein können wie die Fonds. Diese operieren zum Teil von Offshore-Plätzen aus, unter Einschaltung von Briefkastenfirmen. Diese extreme Entterritorialisierung des modernen finanzgetriebenen Kapitalismus ist der Grund dafür, dass soziale Gegenbewegungen sozio-territorial agieren, also sich das Territorium zu eigen machen. Der Kapitalismus ist im Prinzip asozial. Doch sind ihm durch soziale Bewegungen, in erster Linie von den Gewerkschaften, soziale Reformen abgerungen worden. Dies ist „am Ende Geschichte“ nach dem „Sieg im Kalten Krieg“ vorbei. Manager von Hedge-Fonds verwahren sich dagegen, andere Interessen berücksichtigen zu müssen als die ihrer Klientel, der reichen Geldvermögensbesitzer (Vgl. beispielsweise Ian Morley, „Why attacks on hedge funds are misguided“, in FT 11.05. 2005).

Die legitimatorische Basis des asozialen Shareholderkapitalismus ist gering und sie schwindet. Die „normalen“ Unsicherheiten des Lebens in der Marktwirtschaft sind in vielen Familien zu Ängsten geworden. Diese sind sehr gefährlich, weil autoritäre und populistische Lösungsangebote attraktiv werden könnten. So wird die demokratische Basis unterminiert. Folglich sind Kapitalismuskritik und Überlegungen in Richtung

Kapitalismuskritik berechtigt findet, konstruiert er unannehmbare Barrieren, die, wenn sie eingehalten würden, jeder Kritik den Stachel nehmen würden.

⁵ Im FTmagazine vom 11. Juni 2005 beschäftigen sich Michael Akapinger und Marco Cibola (2005) mit dem Wandel der „Management-Kultur“ im Shareholder-Kapitalismus.

Alternativen jenseits des Kapitalismus keine abstrakten Übungen. Sie sind notwendig, wissenschaftlich ebenso wie politisch, um die Ängste rational auf Ursachen zurückzuführen, die abgestellt werden können: durch Aufklärung und politische Praxis.

Hier setzt diese Schrift an. Der Kapitalismuskritik muss ein Fundament gegeben werden, und sie braucht eine Perspektive. Es ist keineswegs so, wie Margareth Thatcher mit ihrem berühmt geworden TINA-Wort meinte, dass keine Alternativen mehr im Angebot der Geschichte seien. Aber umgekehrt holt man sich Alternativen nicht aus einer Art Shoppingcenter, wo sie, nach Radikalität geordnet, in den Regalen zu finden sind. Die einen wollen den Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, die anderen wollen Strukturreformen, die dritten wollen alles, und zwar jenseits des Kapitalismus, die vierten wollen einen globalen Marshall-Plan. Doch diese Wahl hat keiner. Alternativen wachsen in der wirklichen Geschichte heran und aus den Eierschalen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft heraus. Daher benutzt Marx den Begriff des „Gebärens“. Die neue Gesellschaft wächst in der alten heran. Sie wird geboren, und die Geburt kann schmerzhaft sein. Marx meint, und wir können nur hoffen, dass er Unrecht hat, dass die „Geburtshelferin der neuen Gesellschaft“ die Gewalt sei. Denn Gewalt in Zeiten der Globalisierung ist ein globaler Krieg. Ein Vorgeschmack ist der Krieg gegen den Terrorismus, der schon zig tausende Menschenleben gefordert hat.

Viel radikaler als die These vom Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ist der nach dem Ende des real existierenden Sozialismus 1989 in die Welt gesetzte Diskurs vom „Ende der Geschichte“. Wenn die Geschichte ans Ende gekommen ist, haben Alternativen zum historisch für erfolgreich erklärten System keine Perspektive. Sie machen keinen Sinn. Eine andere Welt wäre unmöglich und wohl auch nicht nötig in der „besten aller möglichen Welten“. Kapitalismuskritik würde sich ganz und gar erübrigen, wenn die Geschichte mit privatem Eigentum, Verwertung, Marktwirtschaft und formal demokratischer Ordnung sozusagen gesättigt wäre. Die neoliberale *Intelligenza* hätte auf schreckliche Weise Recht. Denn jenseits des Kapitalismus lauert die Barbarei. Doch müssen wir so destruktiv, unmenschlich und pessimistisch nicht sein. Die Geschichte geht weiter, die Zukunft ist prinzipiell offen, Kritik macht Sinn, Alternativen können entwickelt werden. Denn die Zukunftsoffenheit bedeutet auch, dass die Zukunft einer nicht-kapitalistischen Welt gehören kann. Die Alternative ist nicht die von „Kapitalismus oder Barbarei“,

sondern die von „Solidarität oder Barbarei“. So schreibt es Manuel Vásquez Montalbán (2000: 21) in einem Brief an den Subcomandante Insurgente Marcos von der zapatistischen Bewegung in Chiapas. Und er fügt hinzu: „Ihr habt einen unangreifbaren ethischen Bezugspunkt geschaffen, daher eure Gefährlichkeit auf diesem ethisch völlig abgewerteten politischen und kulturellen Markt ...“. Mit der Frage nach dem Ende der Geschichte oder dem Ende des Kapitalismus beschäftige ich mich im ersten Kapitel.

Danach ist zu klären, was unter Kapitalismus und seiner Dynamik eigentlich zu verstehen ist. Welche Eigenschaften charakterisieren den Kapitalismus? Zur Beantwortung dieser Frage soll keine ausführliche Kapitalismus-Analyse vorgelegt werden. Auch die vielen Verzweigungen der Debatten um die Globalisierung oder einen neuen Imperialismus werden nicht verfolgt. Es geht um die Hauptsache, um Formen der Aneignung und Enteignung, im ökonomischen wie im sozialen, kulturellen, ökologischen Sinn. Die Frage des Eigentums erweist sich dabei – wie in den Schriften des frühen Bürgertums aus dem 18. Jahrhundert – als zentral, weil aus dem Eigentum die Möglichkeiten der Aneignung legitimiert werden. Daraus bildet sich Macht – und deren Verteilung im globalen System bedarf der Analyse.

Nach der Diskussion von Eigentum und Aneignung werden die Konsequenzen der Nutzung der fossilen Energieträger diskutiert. Dies ist ein zentraler Aspekt, denn erst die Kongruenz von Kapitalismus, europäischer Rationalität und Fossilismus (vgl. viertes Kapitel) hat die neue Dynamik seit der „industriellen Revolution“ möglich gemacht. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten konnten gegenüber den vorindustriellen Jahrhunderten verzehnfacht werden. Das ist menscheitsgeschichtlich einmalig. Es ist daher notwendig, wirtschaftliches Wachstum und den Diskurs darüber zu erörtern. Das Wachstumskonzept usurpiert das des Fortschritts. Wachstum und technische Innovation erhalten eine fast religiöse Weihe, sind nicht hinterfragte Götzen, die von den Hohepriestern der Moderne – den Ökonomen – dem Publikum zur Anbetung angedient werden. Die Politik verschreibt sich voll und ganz der verführerischen Idee des Wachstums. Davon wird die Lösung aller Probleme erwartet: von der Arbeitslosigkeit in Europa und den Etatnöten der kommunalen Haushaltspolitiker bis zur Armut in der „Dritten Welt“ und der Erfüllung der „Milleniumsziele“, die im Jahr 2000 beschlossen worden sind.

Nach der Analyse der Dynamik kapitalistischer Entwicklung werden die inneren Widersprüche und ihre Zuspitzung thematisiert. Keine Frage, die monetäre Dimension kapitalistischer Akkumulation, die globalen Finanz- und Währungsmärkte, haben eine desaströse Wirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Wirkungsweise der globalen Finanzmärkte führt durch die Konkurrenz der „Finanzplätze“ zu steigenden Renditen und hohen Zinsen (gemessen an den realen Zuwachsraten des BIP), mit denen sie ihre jeweilige Attraktivität zu verbessern versuchen. Die Währungskonkurrenz unterstützt diese Wirkung. Um eine Abwertung zu vermeiden, um Inflationstendenzen zu unterbinden, werden die Zinsen nach oben getrieben. Die großen Investmentfonds, Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds in Offshore-Finanzzentren sind inzwischen so liquide und mächtig, dass sie in traditionelle Industrien einsteigen können und aus diesen durch Umstrukturierungen, die immer auf Kosten von Arbeitsplätzen, zu Lasten der Arbeitsbedingungen und Löhne und gegen die Interessen der Mehrheit lokaler „stakeholder“ gehen, hohe Renditen herauspressen. Die Finanzmärkte üben finanzielle Repression gegen die Gesellschaft und die reale Ökonomie aus. Sie bewirken eine in den Ausmaßen noch nie da gewesene skandalöse Umverteilung zu Lasten der Armen und zu Gunsten der Reichen. Informalisierung der Arbeit und das Abdriften in die dunklen Bereiche der sozialen Exklusion sind die Folge. Die spekulativen Fonds zerstören so die reale Basis ihrer hohen Gewinne. Das wurde bereits in der Asienkrise 1997 deutlich. Das spekulative Fluchtkapital wurde aus den asiatischen Krisenländern abgezogen, nachdem die Profite gemacht und keine neuen zu erwarten waren. Es wurde in US-Aktien investiert, wodurch der New Economy-Boom ausgelöst wurde. Nachdem die Blase im Jahr 2000 geplatzt war, gerieten neben Immobilien auch traditionelle Unternehmen ins Visier, die durch Reorganisation dazu gebracht werden sollen, in allererster Linie die kurzfristigen Interessen der Shareholder, d.h. der Fonds und ihrer Klientel zu bedienen. Hier stellt sich die Frage, ob nicht die Finanzkrisen die innere Zuspitzung von Widersprüchen sind, die den Kapitalismus von innen ökonomisch und sozial in einem Ausmaß destabilisieren, dass Braudels Bedingungen für ein Ende des Kapitalismus erfüllt sein könnten, zumal nun auch fantasievolle und überzeugende Gegenbewegungen entstehen und sich politisch artikulieren.

Hohe Realzinsen auf Finanzmärkten verlangen hohe reale Wachstumsraten in der produzierenden Industrie, in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor, kurz: in der realen Ökonomie. Doch die fossilen Energieträger, die das Wachstum „ölen“,

werden knapp. Daher spitzen sich politische und militärische Auseinandersetzungen um die Energiesicherheit, um eine kontinuierliche Versorgung mit Erdöl zu. Der von den USA und ihrer Koalition der „Willigen“ vom Zaum gebrochene Krieg gegen den Irak im Jahre 2003 und die gewaltsamen Versuche, die Beute zu halten, indem das Land mit militärischen Mitteln „befriedet“ wird, ist auch ein Krieg um die „Energiesicherheit“, ein Krieg um Öl.

Die „alte“ Geopolitik, deren Ruf wegen ihrer Affinität zum Nationalsozialismus unwiederbringlich zerstört schien, kehrt in akademische und politische Kreise zurück. Niemand wird die Formel vom „Volk ohne Raum“ übernehmen, aber ein „Volk ohne Öl“ kann sich auch niemand vorstellen. Denn Energiearmut heißt unter Bedingungen des industriellen Wachstums Unterentwicklung und ökonomische Armut; es wird aber noch gezeigt werden, dass hohe Energiereserven durchaus nicht immer Wohlstand im Ölland zur Folge haben. Auch die Emissionen bei der Verbrennung fossiler Energieträger sind nicht nur für Klima und Biodiversität, sondern auch für den Frieden in der Welt gefährlich. Auf Konflikte im Treibhaus bereiten sich die militärischen Supermächte vor. Ihnen geht es vor allem um die Abwehr unerwünschter Migration. Die Festung Europa, die einen Krieg gegen unerwünschte MigrantInnen mit jährlich vielen hunderten Toten im Mittelmeer und an den Ostgrenzen führt, und Kalifornien, wo die Grenzen wasserdicht gegen Latinos gemacht werden sollen, spiegeln das Bild einer möglichen nahen Zukunft in unsere Gegenwart. Diese Zukunft hätte tatsächlich sehr viele Züge einer Barbarei, und diese Barbarei wäre kapitalistisch.

Gegen die Zumutungen des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, wachsen, dies ist das Thema des achten Kapitels dieses Buches, genossenschaftliche Initiativen von unten, die inzwischen als „solidarische Ökonomie“ bezeichnet werden. Das sind bereits die ersten Anzeichen von überzeugenden Alternativen im Innern der Gesellschaft. Makroökonomische Alternativkonzepte und Entwürfe für eine „solidarische Weltwirtschaft“ werden propagiert und stoßen auf Resonanz. Gewerkschaften begreifen mehr und mehr, dass Lohnkämpfe schon verloren sind, wenn nicht zugleich Machtpositionen in Betrieben und in der Gesellschaft erobert werden. Eine solare Gesellschaft und eine solidarische Ökonomie bedürfen auf jeden Fall der Unterstützung durch Nationalstaaten, und sie müssen durch globale Regulation gegen den Wildwuchs der liberalisierten Märkte abgesichert werden. Hier geht es also nicht um lokale Nischen. Solidarität ist ja nicht auf die Nachbarschaft und die

kleine Kooperative zu begrenzen, sondern sie muss in Zeiten der Globalisierung den globalen Kontext, d.h. die räumliche und zeitliche Reichweite reflexiv einbeziehen. Gegen den „neuen Imperialismus“ bilden sich also aus dem Innern der Gesellschaften Gegenbewegungen der alternativen sozialen Organisation und politischen Partizipation. Möglicherweise entsteht daraus ein neuer Kosmopolitismus, der nicht intellektuelles Modell ist sondern von unten wächst.

Dies ist ein starker Grund dafür, dass Solidarität in der Ökonomie nur in einer ökologisch nachhaltigen, also im Prinzip nicht-fossilen Gesellschaft realisiert werden kann. Jenseits des Öls gibt es Energiesysteme, die auf erneuerbarer Energie basieren: auf der Verwertung von Biomasse, der Photovoltaik, der Nutzung von Wind- und Wasserkraft, der Geothermik. Hinzu kommt ein sparsamerer und effizienter Umgang mit Energie. Nicht immer sind sich die Verfechter erneuerbarer Energiesysteme darüber im Klaren, dass diese nur funktionieren können, wenn die Produktionsweise, die Konsummuster, die Verteilungssysteme der Energien geändert werden. Das geht nur langfristig, und wenn der Übergang denn gelingt, ist dies der Übergang zu einem Ufer, an dem nicht mehr „Kapitalismus“ steht, sondern irgendetwas anderes. Wir haben keinen einfachen Namen dafür, nachdem der Sozialismus des 20. Jahrhunderts gescheitert ist. Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Vielleicht ist es sinnvoller, das Projekt als solare (weil nachhaltige) und solidarische (weil auf die gesellschaftlichen Ressourcen bauende) Gesellschaft zu bezeichnen.

Überzeugende Alternativen gibt es also. Die Fortsetzung des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, endet im Desaster. Ein „Imperium der Barbarei“ droht, wenn es nicht bereits entstanden ist. Ein Regime erneuerbarer Ressourcen mit den dazu passenden sozialen Formen und einer solidarisch gestalteten Ökonomie ist das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Neue soziale Formen können entwickelt werden. Die Geschichte ist nicht am Ende, sie ist offen und geht weiter.